

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen.
Announce-Vorbericht.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streissand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Nr. 200.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 20. März.

Inserate 20 Pf. die feingepaltene Petition oder deren Raum, Stellenanzeige verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 18. März. Bei der Reichsbank sind ernannt worden: der bisherige Bankkaufmann Kreischmer zum Bankrendanten und zweiten Vorstandsbemant der Reichsbankhauptstelle zu Mannheim; die bish. Buchhalter-Assistenten Weiß zu Mannheim und Mundel zu Breslau zu Bankkaufmännern.

Versetzt sind: der Amtsrichter Habel in Tremessen an das Amtsgericht in Militsch, der Amtsrichter Polte in Goldberg an das Amtsgericht in Spreeberg, der Amtsrichter Sachse in Leisnig an das Amtsgericht in Flüggenwalde und der Amtsrichter Thummel in Lauchstädt an das Amtsgericht in Wittenberg. Der Kaufmann Hubbe in Magdeburg ist zum Mitglied der Kammer für Handelsfachen bei dem Landgericht in Magdeburg ernannt. Der Amtsrichter Dr. Kaiser in Jacobsdorf ist mit Pension in den Ruhestand versetzt. In der Liste der Rechtsanwälte ist gelöscht: der Rechtsanwalt Dr. Röttig bei dem Landgericht in Neumied. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Gerichtsassessor Hampel bei dem Amtsgericht in Kroatisch, der Gerichtsassessor Fränkel bei dem Landgericht in Landsberg a. W., der Gerichtsassessor Westling bei dem Amtsgericht in Ragnit, der Gerichtsassessor Dröhner bei dem Landgericht in Danzig, der Gerichtsassessor Bodländer bei dem Landgericht I. in Berlin, der Gerichtsassessor Rosenberg bei dem Landgericht in Magdeburg, der Gerichtsassessor Bauermeister bei dem Landgericht in Hannover und der Gerichtsassessor Horwahrde bei dem Amtsgericht in Lennep. Dem Notar Justizrat Weitram in Nürnberg ist die nachgeführte Dienstentlassung ertheilt.

Der Amtsrichter Reichenberger in Seehausen i. A., der Rechtsanwalt und Notar Justizrat Stratmann in Münster und der Rechtsanwalt und Notar Richard in Ulm sind gestorben.

Der bei der königlichen Regierung in Posen als technischer Hilfsarbeiter angestellte Land-Bauinspektor von Lukomski ist als Kreis-Bauinspektor nach Kreuzburg O/S. versetzt worden. Der Kreis-Bauinspektor Baurath Rotmann in Allenstein, ist in gleicher Amtseigenschaft nach Prenzlau versetzt worden. Der Bergassessor Borchers zu Stuttgart ist zum Berginspektor ernannt worden.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung.

Berlin, 18. März. 11 Uhr. Am Ministerialtisch: Maybach, von Kutschner, Friedberg, v. Gosler und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend den weiteren Erwerb von Privat-Eisenbahnen für den Staat. Mit der Generaldiskussion wird die Debatte über die von den Abg. Hammacher und Stengel vorgelegte Resolution verbunden, welche lautet: Die Staatsregierung aufzufordern, für eine gesetzliche Ergänzung der Eisenbahngesetzgebung dahin Sorge zu tragen, daß die Eisenbahn-Gesellschaften verpflichtet werden, auf Verlangen der Staatsregierung die von denselben im Interesse der Landesverteidigung für notwendig erachteten Aenderungen und Erweiterungen ihrer Anlagen vorzunehmen, wenn der Staat die hierdurch entstehenden Kosten trägt und außerdem für die dadurch herbeigeführte Beschädigung der Interessen der Eisenbahngesellschaft Ersatz leistet.

Finanzminister Bitter: Nachdem das Herrenhaus gestern den Gesetzentwurf über die finanziellen Garantien nahezu einstimmig unverändert angenommen hat, wird die Staatsregierung den Entwurf Sr. Majestät dem Könige zur Genehmigung vorlegen.

Abg. Hammacher (Essen): Den Minister bitte ich über folgende Fragen sich zu äußern: Wird die Regierung dem Hause einen Nachtragsetz über die Verwaltung der neu verstaatlichten Bahnen vorlegen? Insofern wird sie, wenn wir die Vorlage annehmen, sich für berechtigt halten, diejenigen Kredite zu benutzen, die den Gesellschaften zur Ausführung von Neu- und Erweiterungsbauten durch Beschlüsse der Generalversammlung bereits zur Verfügung gestellt sind? Wie wird sie sich mit Bezug auf den Besitz der Braunschweigischen Bahn verhalten, nachdem mit der Bergisch-Märkischen Bahn alle Aktionen der ersten in die Hände des Staates gelangt sein werden? Wird die Regierung die Bahn Braunschweig-Hildesheim zur Ausführung bringen? Für die Errichtung des durch meinen Antrag verfolgten Zweckes bietet die bestehende Gesetzgebung keine Handhabe dar. Es liegt sonach eine Lücke vor, deren Ausfüllung dringend im Landesinteresse liegt.

Minister Maybach: Dem Hause wegen der neuverstaatlichten Bahnen einen Nachtragsetz vorzulegen, liegt in der Absicht der Regierung. Sie wird ferner diesen von den Gesellschaften projektierten Bauten ausführen, die bereits im Bau begriffen und für die ausreichende Kredite bewilligt sind. Wegen solcher Projekte jedoch, für die keine Geldmittel existieren oder für die keine rechtliche Verpflichtung vorliegt oder die überhaupt noch nicht angegriffen sind, hält sich die Regierung verpflichtet, dem Hause zuvor eine Vorlage zu machen. Die Auflösung der Braunschweigischen Eisenbahngesellschaft, deren Aktien allerdings durch Annahme dieser Vorlage bis auf einen kleinen Rest vollständig in den Besitz des preußischen Staats übergehen würden, kann nur mit Zustimmung der braunschweigischen Regierung stattfinden. Ein Beschluss hierüber ist zur Zeit noch nicht gefaßt. Da die braunschweigische Regierung dem Erwerb der im Besitz der Bergisch-Märkischen Bahn befindlichen Aktien durch Preußen die gesetzliche Zustimmung ertheilen wird, halte ich für zweifellos. Die Ausführung der Linie Braunschweig-Hildesheim steht auf unserem Programm. Mit der Tendenz des Hammacherschen Antrages bin ich einverstanden. Die Frage, wie dem Zwecke desselben am besten zu entsprechen sein möchte, ist nicht einfach zu lösen; namentlich wenn man erwägt, daß viele der in Betracht kommenden Privatbahnen theils gar nicht ihren Sitz in Preußen haben, theils durch außerpreußische Gebiete hinein gehen. Eine korrekte Lösung läßt sich demnach wohl nur auf dem Wege der Rechtsgelehrten erreichen.

Abg. Büchtemann: So wäre denn der Sturm im Glase Wasser vorüber und der Frieden zwischen der Staatsregierung und den Nationalliberalen wieder hergestellt, wie von uns vorausgesesehen wurde. Herr Dr. Hammacher freut sich, daß die finanziellen Garantien jetzt glücklich gefunden sind, und daß die Gefahr der hohen Belastung des Staates mit Eisenbahnschulden wesentlich abgeschwächt ist. Was ist denn geschehen? Der Reservesonds ist gefallen! und was die

Amortisation betrifft, so hat er selbst bei der zweiten Beratung gesagt, daß zu seinem großen Bedauern das Gesetz die Bedeutung eines Staatschuldentilgungsgesetzes nicht habe und die gebotenen Garantien mit großem Recht als bedeutungslos charakterisiert. Gestört ist in jedem Fall nur die Verstaatlichung, gegen die meine Partei auf jeder Etappe von Neuem Einspruch erhebt, weil sie, wie das Tabaksmonopol, dazu beiträgt, die Kraft des Einzelnen zu lähmen und uns zur Konkurrenz auf dem Weltmarkt von Jahr zu Jahr unfähiger macht, während der jetzt vorhandene Überschuß der Staatsbahnen zum größten Theil verschwinden wird, wenn man den Ansprüchen der Beamten nur einigermaßen gerecht werden will, und wenn man gar dem Lande die verprochene Wohlthat billiger Tarife verschaffen sollte, sich in ein großes Defizit verwandeln müßt. Unsere konstitutionellen Rechte sind einem durch den Besitz der Bahnen und das Tabaksmonopol in seinen Finanzen unabhängig gewordener Staat gegenüber nicht zu wahren. Schon seit war es der Budgetkommission unmöglich, volle Einsicht in die Staats-eisenbahnwirtschaft zu erhalten und sich in irgend welches Detail der Einnahmen wie der Ausgaben einzulassen, so daß man nach neuen Formen für die Beteiligung des Parlaments an der Gesetzgebung und seine Kontrolle an der Wirtschaft des Staates wird suchen müssen.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Spezialdiskussion werden sämtliche Paragraphen des Gesetzes unverändert ohne Debatte genehmigt. Abg. Büchtemann beantragt, folgenden neuen § 9a einzufügen: „Änderungen der normalen Einheitsätze, welche für den Verkehr von Personen, Gütern, Vieh und Fahrzeugen auf den einzelnen für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen der Berechnung der Fahr- und Frachtpreise zu Grunde gelegt sind, werden jährlich im Staatshaushalt festgesetzt.“

Abg. v. Czerny: Die Absicht, eine Einwirkung auf die Tarifänderung seitens der Landesvertretung herbeizuführen, wird auch von meinen Freunden getheilt, diese Frage läßt sich aber nicht bei Gelegenheit eines Spezialgesetzes erledigen. Wir haben die Absicht, am Schlusse des Gesetzes über die Bezirks- und Landeseisenbahnräthe diese wichtige Frage generell zu regeln, und meinerseits sind auch schon derartige Anträge in der Eisenbahn-Kommission gestellt worden. Die Frage bedarf einer weiteren eingehenden Beratung in der Kommission, der wir nicht entgehen wollen. Ich bitte deshalb den Antrag abzulehnen. Im Uebrigen will ich Sie jedoch daran erinnern, daß der Abg. Richter 1879 diesem Hause die Fähigkeit abgesprochen hat bei Fixierung der Tarife mitzuwirken. Bei diesem Ihrem eigenen miderstreitvollen Verhalten sollte die Fortschrittspartei doch nicht fortgezeigt uns, die wir unseren Standpunkt nicht geändert, mit derartigen kleinen Stickheiten kommen! Ich als meine Person freue mich Ihrer Mitwirkung in dieser schwierigen Frage.

Abg. Büchtemann: Das Eisenbahngarantiegesetz, auf das uns der Vorredner weist, liegt doch noch sehr fern, und wer weiß, was überhaupt aus demselben wird, wenn darin eine die Tarife betreffende Sicherungsbestimmung aufgenommen wird. An den seiner Zeit von nationalliberaler und freikonservativer Seite vorgelegten Garantien haben wir nicht mitwirken mögen, weil wir dieselben für nutzlos, ja schädlich hielt. Der angebliche Widerspruch, den Sie uns vorwerfen, löst sich, wenn Sie erwählen, daß wir jetzt mit der vollendeten Thatache der Verstaatlichung zu rechnen haben. Wenn wir mit unserer heutigen Vorlage nicht mehr so weit geben wollen, wie früher, so liegt das daran, daß wir nach und nach praktischer geworden sind und den negirenden, nörgelnden Standpunkt aufgegeben haben. Wir hofften, wenigstens dieses Minimum konsstitutioneller Forderungen durchsetzen zu können. Mein Antrag bezweckt, Änderungen des Tarifs überhaupt unmöglich zu machen, bevor nicht der Landtag denselben zugestimmt. Gefahren für den Verkehr birgt derselbe nicht, da jeder rasche Wechsel in den Tarifen ausgeschlossen ist. Dagegen ist eine Mitwirkung des Landtages sowohl bei der Erhöhung als bei der Erniedrigung der Tarife nötig, da in beiden Fällen die finanziellen Interessen des Landes erheblich berührt werden, ja eine Tariferhöhung nach dem Anspruch des Ministers selbst einer Steuererhöhung gleich zu achten ist, die doch nicht ohne den Landtag zu Stande kommen kann. Der Antrag besagt weiter, daß der Landtag bei der Festsetzung von Einheitsätzen mitwirken solle, welche für den Verkehr von Personen auf den einzelnen für Rechnung des Staates veralteten Eisenbahnen der Berechnung der Fahr- und Frachtpreise zu Grunde gelegt sind. Man wird hier einwerfen, daß es sich in der Verstaatlichungsvorlage nur um einige Bahnen handle, während jene Bestimmung alle Staatsbahnen treffe. Allein ein solch allgemeine Bestimmung läßt sich jetzt wohl rechtzeitig, wo das Prinzip der Eisenbahnverstaatlichung voll in die Praxis übergeht ist. So viel über die Wichtigkeit unseres Antrages. Als im Jahre 1879 die Zentrums-party mit einem ähnlichen Antrage kam, hieß es, daß die Tariffrage zu schwierig sei, als daß sie der Beurtheilung des Landtages unterstellt werden könne. Die Schwierigkeit, die übrigens auch für die Regierung besteht, verkenne ich nicht, aber hieraus zu folgern, daß der Landtag auf jede Mitwirkung bei der Tariffeststellung zu verzichten habe, ist ein Schluß, für den mir die Mittelglieder fehlen. Hat der Reichstag sich über die Zollsätze schlüssig machen können, so wird doch auch der Landtag aus den vorgelegten Materialien ein Urteil über Tarife gewinnen können. Bei den Beratungen über die wirtschaftlichen Garantien hat der Minister für öffentliche Arbeiten geäußert, daß er Widerwillen gegen Tariferhöhungen habe. Allein wer bürgt uns dafür, daß bei der finanziellen Lage unseres Landes, wo es gilt, so viele gegebene Versprechungen einzulösen, nicht auch auf ihn einmal ein Druck ausgeübt werde? Man weiß endlich auf das Reich hin. Aber seitdem Preußen einen so ungeheueren Komplex von Bahnen in seiner Hand vereinigt, kann das Reich auf die Höhe der Tarife einen direkten Einfluß nicht mehr ausüben. Wir würden daher einen schweren Fehler machen, wenn wir uns nicht das Recht sicherten, welches allein dem Landtag seine maßgebende Stellung gegenüber der Uebermacht des Staates auf allen Gebieten des Handels und der Industrie sichern kann.

Abg. v. Wedell (Malchow): Dem Antrag Büchtemann können wir aus zwei Gründen nicht zustimmen: 1) weil es höchst auffallend ist, daß ein so wichtiger Antrag uns erst in der dritten Lesung unterbreitet wird; 2) weil er uns materiell zu weit geht. Auch wir erkennen die Notwendigkeit der Schaffung von Kautelen nach der Richtung hin an, daß der Wiederkehr solch allgemein prozentualer Erhöhungen, wie wir sie 1874 hatten, vorgebeugt werde. Darüber hinaus sind wir aber entschlossen nicht zu geben.

Reg.-Komm. Fleiß: Bei Beurtheilung der Tarifsätze ist auch auf

die Tarifklassen Rücksicht zu nehmen. Tarifsätze ohne Tarifklassen hängen in der Luft. Damit würden Sie aber den Landtag mit einer Reihe technischer Fragen befreien, die bisher von der preußischen Staatsverwaltung in Verbindung mit den übrigen Eisenbahnverwaltungen des deutschen Reichs geregelt werden. Außerdem würde die Fixirung der Tarife durch den Staatshaushaltsetat zu einer Verkürzung der Rechte des anderen Hauses führen.

Minister Maybach: Ich kann den Antrag, wie er vorliegt, kurzweg als einen für die Regierung unannehbaren bezeichnen. Er greift derartig in das praktische Leben ein, wie es dem Wohl des Landes nachtheilig sein würde. Die ganze Maßregel ist ja von dem Gedanken getragen, daß wir das Wohl des Landes, seine Entwicklung fördern wollen. Wollen Sie der Regierung eine Fessel anlegen, die nicht einmal ganz konsstitutionell ist, weil sie die Rechte des anderen Hauses verletzt, dann werden Sie erreichen, daß das Staatsbahnsystem in Preußen diskreditirt wird und zum Schaden des Landes gereicht. Da ich an Tariferhöhungen nicht denke, habe ich schon früher erklärt. Indessen darin erblicken ja die Herren keine Garantie, die mich schon wiederholt an das ministerielle memento mori erinnert haben. Der Förderung der Wohlfahrt des Landes. Wie kann eine Regierung dazu übergehen, den gefährlichen Schritt zu thun, ohne Zustimmung des Landes, bez. der Reichsvertretung solche Erhöhungen vorzunehmen, die den Verkehr auf das Stärkste belasten? Soll übrigens auf diesem Gebiet ein Regel vorgeschoben werden, dann ist es richtiger, das der Reichsgesetzgebung zu überlassen. Die Tendenz des Gedankens, daß durchgreifende Tariferhöhungen, welche das wirtschaftliche Leben bedrücken, nicht ohne Zustimmung der Vertretung eingeführt werden dürfen, billige ich. Hoffentlich läßt sich eine Form finden, der wir zu stimmen können.

Abg. Büchtemann: Der Minister befindet sich mit sich selber im Widerspruch, wenn er einerseits durch die Mitwirkung des Landtages das Staatsbahnsystem diskreditirt werden läßt, andererseits denselben doch das Wort redet. Daß durch die zeitliche Überzeugung des Ministers alle Tariferhöhungen für die Zukunft ausgeschlossen seien, kann ich nicht gelten lassen. Wird er sich auf die Dauer widersehen, wenn der Reichsanzeiger im Interesse der allgemeinen Lage eine Erhöhung für wünschenswert hält? Das Vorliegen technischer Schwierigkeiten in Bezug auf die Normaltransportgebühren muß ich bestreiten.

Abg. v. Hüne: Welche Haltung meine Freunde angesichts jener ministeriellen Erklärungen einnehmen werden, weiß ich nicht; ich werde gegen den Antrag stimmen.

Der Antrag wird darauf abgelehnt. Für denselben stimmen der Fortschritt, die Sezession und ein Theil des Zentrums. Votum der Abstimmung wird sodann mit 243 gegen 107 Stimmen das Gesetz im Ganzen angenommen. Ein Mitglied (Abg. Menken) enthält sich der Abstimmung.

Für die Vorlage stimmen geschlossen die beiden konservativen Fraktionen, die Polen, die große Mehrheit der Nationalliberalen, die Minorität des Zentrums, sowie die Abg. Sachse und Thilenius. Gegen die Vorlage stimmen geschlossen der Fortschritt, die Sezession, die große Mehrheit des Zentrums und von den Nationalliberalen die Abg. Holleson, Wachler, v. Benda, v. Bodum-Döbs, Gartner u. A. Die Vorlage betr. den Erwerb des Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Unternehmens wird an die zur Vorberatung der Eisenbahn-Anleihe niedergesetzte Kommission verwiesen und der Gesetzentwurf betr. die unentgeltliche Ueberzeugung eines Abschnitts vom großen Tiergarten in Berlin an das Reich in erster Beratung erledigt. Die zweite wird im Plenum stattfinden.

Hierauf wird die Beratung des Kultusrats bei Kap. 121 Tit. 23 (Schulaufsichtsosten) fortgesetzt.

Abg. v. Stablewski beschwert sich, daß die Kreisschulinspektoren in der Provinz Posen zum größten Theil evangelisch und der polnischen Sprache nicht mächtig seien, ohne Rücksicht auf die überwiegend polnische Bevölkerung. Die Schulinspektoren trieben Schulpolitik auf eigene Faust, da sie entgegen der Verordnung von 1872 die deutsche Sprache beim Unterricht zum Nachteil der polnischen bevorzugten, was auch die ruhigsten Leute unmuthig mache.

Kultusminister v. Gößler: Sowohl mein Vorgänger als ich haben die Kreisschulinspektoren nach Maßgabe der Konfession der Schüler angestellt, und wenn dies in Posen nicht überall gelungen ist, so liegt das in Verhältnissen, die ich nicht ändern kann. Uebrigens befinden sich dort unter 23 Kreisschulinspektoren 8 katholische; ähnlich verhält es sich mit den Volksschulinspektoren. Diese Volksschulinspektoren werden hier nur deshalb vorgestragen, weil vermutet wird, daß ich nicht in der Lage bin, mich darüber ausszulassen. Aber glauben Sie nicht, daß die Fälle hier objektiv dargestellt werden. Es ist nicht richtig, daß die Schulinspektoren irgendwie eine falsche Germanisierung in der Schule versuchen. Es ist im Gegenteil nachgewiesen durch protokollarische Aussagen, daß katholische Geistliche den Versuch gemacht haben deutsche Kinder zu polonisten. (Widerspruch.) Die Beweise liegen mir vor, ich lasse mich durch Widerprüche gegen das Resultat behördlicher Untersuchungen nicht irre machen. Diese Bemühungen der Geistlichen beschränken sich nicht etwa auf die Polonisierung von Namen, sondern sie gehen so weit, daß jetzt Kinder nicht deutsch sprechen können, deren Großeltern kein polnisches Wort verstanden, nicht bloss in Posen, sondern auch in Westpreußen. Da es ergeben sogar Aufforderungen an die Bevölkerung, nicht dem deutschen Herrn zu gehorchen, sondern dem polnischen, der ihr wahrer Herr sei. Da ist es nur natürlich, wenn der Unterrichtsminister durch die hier von den polnischen Abgeordneten angeführten Fälle einen Streich zieht. Auch über die Benutzung der deutschen Volksbibliotheken wurde geplagt. Sie haben früher prosperiert, aber seit 2 Jahren ist darin ein Stillstand in Folge der polnischen Agitation eingetreten. Der Vorredner hat leider darin Recht, daß die Aneignung des deutschen Idioms bei den Kindern eine bloss äußerliche ist, aber daran trägt wieder eine ganz bestimmte Agitation die Schuld. Die Lehrer werden durch die Geistlichen angewiesen, den Kindern wohl mechanische Kenntnisse der deutschen Sprache beizubringen, sie aber nicht in den Geist derselben einzuführen. Alle diese Ermitelungen sind hier als abgeschlossenes Resultat in den Akten vorhanden. Ich habe hier eine polnische Broschüre, die geradezu eine Anweisung für die Eltern enthält, die Lehrer nach den Vorschriften des Geistlichen zu kontrolliren. Wenn ich so etwas lese, so werden Sie doch nicht glauben, daß ich so abgesumpft und so naiv bin, um mich von den hier im Superlativ vorgetragenen Erklärungen und Rekriminationen erschrecken zu lassen. (Lebhafte Beifall.)

Reg.-Komm. Fleiß: Bei Beurtheilung der Tarifsätze ist auch auf

Abg. Dra w e fragt, wie es mit der Regelung der Vorschriften über den Schulwang und die Schulversäumnis steht.

Kultusminister v. Gössler: Ich hatte gehofft, diese Frage durch eine Vorlage schon in diesem Jahre einheitlich zu regeln. Aber es läßt sich das in so kurzer Zeit nicht machen. Ich bin geradezu erschreckt durch die Unsicherheit des Rechtszustandes auf diesem Gebiete. Es gibt hier sogar 46 verschiedene Rechtsgebiete. Ein Entwurf liegt den Behörden bereits zur Anerkennung vor und ich hoffe, dem nächsten Landtage eine Vorlage machen zu können.

Abg. Fr. v. d. R e c k beschwert sich über die Vermehrung der Schullaufstufen, wie sie durch die Befestigung der Halbtagschulen verursacht sei, sowie über das zu große Maß des Lernstoffes, dessen Bewältigung den Kindern zugemutet werde. Redner verucht sich über diese Frage zu verbreiten, wird aber vom Bizepräsidenten v. Heereman darauf aufmerksam gemacht, daß es sich hier nur um die Schulaufsicht handle. Redner bittet schließlich, die Unterbehörden möchten mehr Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinden nehmen.

Kultusminister v. Gössler: Das Bildungsbedürfnis des Volkes, dem die Regierung Rechnung tragen muß, und die Leistungsfähigkeit der Gemeinden sind die beiden Pole, zwischen welchen ein Mittelweg gefunden werden muß. Die Regierung wird auch fernerhin Alles vermeiden, was zu einer Überbelastung der Volksschulen führen könnte.

Abg. R i c k e r t : Wir haben in den Etat eine Minimal- und Maximalaufschluss für die Kreisschulinspektoren eingestellt. Von dieser Lizenz ist aber bisher zu unserem Bedauern wenig Gebrauch gemacht worden. Es wäre wünschenswerth, wenn die Kreisschulinspektoren mehr als bisher in eine höhere Gehaltsstufe einrücken.

Abg. K n ö r c e bringt das bekannte Rundschreiben des Kreisschulinspektors Korpseius an die Lehrer des Kreises Friedland zur Sprache, welches er als einen unbefugten Missbrauch der Amtesgewalt bezeichnet, und fragt den Minister, ob er jenes Rundschreiben billige.

Kultusminister v. Gössler: Ich erkenne an, daß einzelne Ausdrücke und Redewendungen in diesem Schreiben hätten vermieden werden können, aber den gesammten Charakter und Geist desselben bilde ich. (Lebhafte Beifall rechts.) Ich ziehe alle Konsequenzen, die sich daraus ergeben. (Hört, hört! links.) Der Ausgangspunkt der ostpreußischen Agitation der Fortschrittspartei war der, daß sich diese Partei als eine speziell königstreue hingestellt hat, und diesen Mythus, der sich allmählig in breiten Schichten des Volkes und auch im Lehrerstande breitgemacht, hat der Allerböseste Erlass vom Januar zerstören. (Große Bewegung links, Rufe: Mythus? und deshalb war der Kreisschulinspektor sehr wohl berechtigt, solche retrospektiven Betrachtungen anzustellen. Es ist unglaublich, was man in der Wahlagitation den Lehrern alles zugemutet hat. Die Hartnäckigkeit, mit welcher man fort und fort in fortschrittlichen Zeitungen die Einführung der Lehrerkontinenten bis in die Wahlagitationen hinein behauptete — nach den Wahlen verschwand plötzlich diese Behauptung — zeigt, daß man künstlich Stimmung gegen die Regierung gemacht hat.

In einem Berliner Wahlaufruf für Herrn Löwe wird behauptet, die Lehrer sollten wieder unter die Vormäßigkeit der Geistlichen gestellt werden, die Einführung konfessioneller Schulen würde mehr kosten und die Mittel zur besseren Bezahlung der Lehrer verringern. In einem anderen Aufruf werden die deutschen Volksschullehrer in Stadt und Land darauf hingewiesen, daß es unter ihrer Würde sei, wieder für das Mühlersche System zu stimmen, sie sollten lieber einen Liberalen wählen für Kaiser und Reich, für Bildung und Freiheit! Wundern Sie sich, wenn solche Dinge eine tiefegehende Bewegung hervorgerufen und auf Grund des Erlasses Sr. Majestät zum Widerstande dagegen geführt haben, daß unter falscher Flagge die Agitation geführt wird! (Murren links, Beifall rechts.)

Abg. B i r c h o w : Die Anfrage Knörke's hatte nur den Zweck zu erfahren, ob der Minister das Verfahren des Schulinspektors billigt, der in seiner amtlichen Eigenschaft die Lehrer zur Wahlbelehrung gegenüber den Eltern seiner Schüler auffordert. Der Minister hat nun zwar mit einer fühligen Wendung einzelne Ausdrücke des Erlasses missbilligt, im Ganzen aber das Vorgehen des Mannes kaum getadelt. Statt dessen bringt er einige Flugblätter vor, die von Privatpersonen verfaßt sind. Was haben die denn mit der uns beschäftigenden Angelegenheit zu thun? (Zustimmung.) Wir sprechen von einem Fälle ellatantier amtlicher Wahlbelehrung, nicht von der Wahlagitation der Privatpersonen. Wollen Sie darüber mit uns diskutieren, so müßten wir auch auf die Agitationsweise der Gegner und der Regierungspresse eingehen. Das ist bei einer anderen Gelegenheit geschehen, soweit wir es im Interesse unserer Würde und der des Hauses für nötig hielten. Wir sind damit zufrieden, und der Minister hätte besser gethan, die Flugblätter zu Hause zu lassen und sich an die Sache zu halten. Nun geht er aber noch weiter und spricht davon, daß wir einen Mythus über unsere Treue zu Kaiser und Reich erfunden hätten. Ich bestreite dem Minister das Recht, daß er sich in solcher Weise hier über eine Partei äußern darf. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) In England hat es härtere Kämpfe zwischen den Parteien und der Regierung gegeben, und man hat sich dort daran gewöhnt, eine Opposition Ihrer Majestät anzuerkennen, die von Zeit zu Zeit in die Regierung kommt, zeitweise auch konservativ ist. Wir haben nun in Preußen eine lange Reihe von konservativen Ministerien gebaut, es gibt aber im Lande eine recht beträchtliche Anzahl von Männern, die der seitens Hoffnung sind, daß das noch anders werden wird. Müssen wir denn durchaus könig- und reichsfreindlich sein, weil wir dem gegenwärtigen Ministerium widerstreben? Wir sind doch Dezenien lang in dem Glauben gewesen, daß wir in einem konstitutionellen Staate lebten, in dem es nicht als eine Unehrbarkeit gilt, wenn man anderer Meinung ist, als das Ministerium. Nicht wir haben einen Mythus erfunden, sondern die Herren von der Regierung und ihre Presse haben die Fabel von unserer Feindseligkeit aufgebracht, in einem amtlichen Altenstück ist zuerst der Vorwurf des Republikanismus gegen uns erhoben worden. Das mag ja im Interesse gewisser Leute liegen, die das für nötig halten, um ihre Stellung zu sichern (Sehr gut! links), es ist aber doch das erste Mal, daß mitten im Parlament einer Partei der Vorwurf gemacht wird, ihre Königs- und Reichstreue sei ein von ihr erfundener Mythus. Wo ist denn der Mythus? Das Recht des Königs zur selbständigen Leitung seiner Politik, wie es im Erlass betont wird, haben wir zu seiner Zeit bestritten, wir glauben aber auch, daß der König stets mit seinem Volke im Frieden wird leben wollen und, wenn uns durch die Wahlen des Landes die Majorität zufallen sollte, ein anderes Ministerium berufen wird. Wir haben das ja auch schon erlebt. Wie kann man aber Männern, die nie die Treue gegen den König und das Reich vernachlässigt haben, vorwerfen, daß sie unter falscher Flagge segeln? (Sehr richtig! links.) Nur mit Widerstreben bin ich nochmals auf dieses widersprüchliche Thema eingegangen; der Minister wird mir aber zugeben, daß es eine Grenze des Ertragbaren giebt. Wir können nicht dulden, daß hier offen ins Land hinaus gerufen wird, was bis jetzt nur in durchsichtigen Formen in einer amtlichen Depesche und der offiziösen Presse ausgesprochen wurde. Wir können das um so weniger dulden, als ganz offenbar System darin liegt, uns bei Sr. Majestät zu verläumden. (Lebhafte Beifall links, Widerspruch rechts.)

Bizepräsident v. Heereman: Den letzten Ausdruck halte ich nicht für zulässig (Oho! links), soweit er einen Vorwurf gegen eine bestimmte Person enthält.

Abg. R a n t a k : Wenn wir Spezialfälle anführen, so wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir damit den Minister in Verlegenheit sezen wollen, kommen wir aber mit allgemeinen Beschwerden, so erwidert man uns, auf solche Allgemeinheiten könne man nicht eingehen. Die Regierung ist nicht so duldam, um derartige Agitationen der Geistlichen ruhig geschehen zu lassen. Das Kontrolliren der Lehrer durch die Eltern ist natürlich, wenn man bedenkt, wie bei uns in den Schulen vorgegangen wird. Wir sträuben uns nicht gegen das Lernen

der deutschen Sprache, sondern nur dagegen, daß wir den Lernstoff in der deutschen Sprache aufnehmen sollen. Es ist nicht richtig, daß die Geistlichen die Lehrer anweisen, den Schülern bloß mechanische Kenntnisse der deutschen Sprache beizubringen.

Darauf wird der Titel bewilligt.

Bei Tit. 25 (Bizeruristische Remunerationen für die Schulinspektion) verlangt die Regierung die Erhöhung der Remunerationen von 327,090 auf 427,000 Mark.

Referent Abg. R o p a t s c h e f befürwortet die Erhöhung.

Abg. F r a n z : Es ist nothwendig, die Lofalschulinspektion wieder mit dem geistlichen Amte zu verbinden; dann wird die Schule nicht zu politischen Agitationen benutzt werden. Ich bin erstaunt, daß der Minister das Rundschreiben des ostpreußischen Schulinspektors auch nur dem Geiste nach billigen konnte. Es ist das ein Missbrauch der Schule (Sehr wahr! links). Die Geistlichen würden sich als Schulinspektoren nicht zu Werkzeugen der Regierung hergeben. Anders ist das bei besoldeten Beamten. Nach der Art, wie der Minister dem Ag. Stablerski entgegentreten ist, verliert man den Mut, hier Klagen vorzubringen. Es sind in der Unterrichtskommission Thatsachen nachgewiesen worden, die zeigen, daß die Unterrichtsverwaltung in Posen nicht im Interesse der Schule, sondern der Politik handelt. Wenn der Minister von der polnischen Sprache spricht, so thut er es in seltsamer Erregung und pflegt dabei auch auf Oberschlesiern zu exemplifizieren. Ich weiß von einer polnischen Bewegung in Oberschlesiern gar nichts und würde eine solche sehr beklagen.

Kultusminister v. Gössler: Wenn ich mich auch noch so tief mit speziellen Angelegenheiten meines Rehorts beschäftigen würde, so wäre es doch unmöglich auf alle die Einzelheiten, die beispielweise von Stablerski angeführt wurden einzugehen. Die Verwendung von Laien als Lofalschulinspektoren ist auch der Regierung unsympathisch. Sie stand vor der Frage, ob sie auf eine Schulaufsicht verzichten oder sich mit Wenigem begnügen soll. Diese Art der Aufsicht ist kein organisches Institut, kein Ideal; aber immer ist es besser als nichts. Es ist kein Misstrauen gegen die Geistlichen, wenn diese nicht zu Kreis-Schulinspektoren ernannt werden. Es empfiehlt sich aber aus objektiven Gründen, dieses Amt nicht als Nebenamt zu vergeben. Die Geistlichen sind in vielen Fällen gar nicht in der Lage, die Schulinspektion in großen Bezirken zu übernehmen. Die Erhöhung der Remunerationen für Lofalschulinspektoren ist nothwendig, wenn eine intensive Aufsicht stattfinden soll. Es ist mir bekannt, daß in Oberschlesiern keine großpolnische Agitation stattfindet. Aber wir müssen diesen Bezirk aus seiner Isolierung herausziehen. Die dortige Bevölkerung ist, wie es sich bei dem letzten Notstand gezeigt hat, absolut unfähig, nach einem größeren Unglück weiter zu arbeiten. Diesem Uebelstande muß durch die Aneignung einer größeren Bildung abgeholfen werden.

Ein Schlusshand wird abgelehnt; die weitere Diskussion wird um 4 Uhr bis Abends 8 Uhr vertagt.

Abendstunde des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 18. März, 8 Uhr. Die abgebrochene Debatte wird fortgesetzt.

Abg. K n ö r c e wünscht, daß man die mehrgeforderten 100,000 Mark lieber den emeritirten Volksschullehrern zuwenden sollte.

Abg. F r a n z wünscht, lieber den in Rede stehenden Titel in zwei zu zerlegen, damit zwischen den weltlichen Kreis- und den geistlichen Lofalschulinspektoren geschieden werden könne.

Abg. S t r o s s e r plaidirt für Bewilligung der mehrgeforderten Summe.

Das Haus genehmigt die Mehrforderung. Beim Titel „für Errichtung neuer Schulstellen“ bemängelt Abg. S c h o l z (Neisse) die bestehenden Vorschriften über die Schulaulaften.

Minister v. Gössler erklärt, daß ihm auf, durch das Landrecht wenn auch unvollständig geregelte, Fragen kein Einfluß aufstehe. Er müsse den untergeordneten Behörden die ergangenen Urtheile des Oberverwaltungsgerichts zur Nachachtung empfehlen.

Beim Titel „Zuschüsse für Fortbildungsschulen“ empfiehlt Abg. K a l l e eine Verstärkung dieses Fonds, doch macht er aus der Niedrigkeit desselben weniger dem Kultus-, als dem Finanzministerium einen Vorwurf.

Abg. S t r o s s e r bittet den Minister, dafür zu sorgen, daß der Fortbildungsunterricht nicht an den Sonntagen stattfinde.

Minister v. Gössler erwidert, daß bisher jeder Unterrichtsminister versucht habe, den Sonntags-Unterricht in den Fortbildungsschulen zu verbieten. Aber alle seien immer wieder dazu gekommen, ihn zuzulassen. Der Minister könne hier eingreifen, aber er müsse es vorsichtig thun und werde sich hüten, die Segnungen des Fortbildung-Unterrichts zu föhren; denn die augenblickliche Arbeitsweise erfordere die Verlegung des Unterrichts auf den Sonntag; die Arbeitgeber könnten ja dahin streben, daß den jugendlichen Arbeitern freie Zeit in der Woche gelassen würde.

Auch dieser Fonds wird bewilligt. Damit ist das Kapitel „Elementarunterricht“ erledigt.

Es folgt das Kapitel: Kunst und Wissenschaft.

Abg. R e i c h e n s p e r g e r (Köln) berüft kurz den neu erworbenen zweifelhaften Rubens, für den man jedenfalls, auch wenn er echt sei, zu viel bezahlt habe, und spricht die Bitte aus, daß man die Summe für Neuerwerbungen auch für das Kupferstichkabinett verwenden möge.

Minister v. Gössler bemerkt, daß der Fonds für Neuanschaffungen auf die verschiedenen Abtheilungen vertheilt würde.

Abg. v. H e e r e m a n spricht der Verwaltung der Museen seine Anerkennung für die bedeutenden Leistungen der letzten Jahre aus. Redner bittet den Minister, dafür Sorge zu tragen, daß berühmte Bilder auch an anderen Orten als Berlin ausgestellt werden, denn nicht jeder habe Zeit und Gelegenheit, Reisen zu machen, um die Museen zu besuchen.

Minister v. Gössler bemerkt, daß bei neuen Bildern prinzipielle Bedenken einer solchen Ausstellung nicht entgegenstehen, so lange die Bilder noch nicht definitiv inventarisiert seien.

Abg. D i r i c h l e t sprach namentlich der Verwaltung der Nationalgalerie seine Anerkennung aus, sie habe während ihres kurzen Lebens schon viel geleistet.

Abg. R o p a t s c h e f bittet die Regierung, in den nächsten Etat eine Summe einzustellen zur Komplettierung der königlichen Bibliothek, namentlich durch Werke der deutschen Literatur.

Abg. S c h m i d t (Stettin) meint, daß beim Neubau der Bibliothek nothwendiger sei, man solle auch dafür sorgen, daß die Bibliothek länger, namentlich auch Abends, der Benutzung zugänglich sei.

Die Abg. S e e l i g , R e i c h e n s p e r g e r (Köln) traten für die Berücksichtigung der provinziellen historischen Denkmäler und Sammlungen ein.

Abg. B i r c h o w resierte Namens der Budgetkommission über die Ausgaben für die Akademie der Künste und spricht den Wunsch aus, daß derselben größere Räumlichkeiten und vielleicht bald ein Neubau zur Verfügung gestellt werde.

Ministerialdirektor Greiff erwidert, daß vorläufig miethweise neue Räumlichkeiten beschafft werden müden; ein definitiver Bau dürfte noch eine Zeit lang auf sich warten lassen.

Die Ausgaben dieses Kapitels werden genehmigt. Um 11½ Uhr wird die weitere Verathung des Kultusetats auf Montag 10 Uhr vertagt.

Politische Übersicht.

Posen, 20. März.

Der Antrag des Zentrums auf Straflosigkeit des Messelens und Sakramentspendens wird vor-

ausichtlich nächsten Mittwoch über acht Tage zur Verhandlung kommen. Die Stimmung der Parteien läßt es schon jetzt als feststehend erscheinen, daß der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt werden wird. Aus den konservativen Parteien dürften nur ganz vereinzelte Mitglieder geneigt sein, denselben zugestimmen. Auch die Fortschrittspartei wird den Antrag nur mit den von ihr vorgeschlagenen Vorbehalten annehmen, die letzteren aber dürfen wiederum dem Zentrum unannehbar sein.

Bei der vorgebrachten Abstimmung über die Eisenbahnverstaatlichung ging wieder eine Spaltung durch das Zentrum. Etwa ein Viertel der Mitglieder stimmte dafür, drei Viertel dagegen, die Hauptführer wie Windthorst und von Schorlemer-Alst waren abwesend. Mit Ausnahme der Abstimmung über den Zolltarif von 1879 ist kaum in einer einzigen wirtschaftlichen Frage die Zentrumspartei geschlossen aufgetreten. Auch bezüglich des Tabaksmonopols sollen sich die entgegengesetzten Strömungen im Zentrum geltend machen. Die Berechnungen, welche man an die Unterstützung dieser Partei auf wirtschaftspolitischem Gebiet knüpft, könnten nach diesen Erfahrungen herbe Enttäuschungen bereiten.

Österreichs neuer Botschafter in Petersburg, Anton Graf v. Wolkenstein-Trostburg, gilt für einen Vertreter der optimistischen Ansicht, daß an der Möglichkeit eines dauernden Zusammensehens Russlands mit Österreich unter keinen Umständen zu zweifeln sei; er wird deshalb in Petersburg voraussichtlich mit offenen Armen empfangen werden. Als eigentlicher Politiker ist der neue Botschafter, den Österreich auf einen so schwierigen Posten stellt, noch nicht hervorgetreten. Geboren am 2. August 1832, war Graf Wolkenstein 1870—1877 Botschaftsrath in London, 1877 bis 1880 in Berlin, von wo er April 1880 als außerordentlicher Gesandter nach Dresden ging. Endlich wurde ihm als Sektionschef im Ministerium des Außenhandels das handelspolitische Departement unterstellt; in dieser Eigenschaft führte er die Unterhandlungen mit Deutschland über den Handelsvertrag und die Donaufrage.

Das wiener „Fremdenblatt“ berichtet aufs Entschiedenste, wie die „Post“ meldet, daß Graf Wolkenstein, wie englische Blätter berichtet haben, die Mission habe, in Berlin die Annexion Bosniens und der Herzegowina anzuregen. Es seien, versichert das Blatt, keinerlei Änderungen in der staatsrechtlichen Stellung der okkupirten Provinzen in Aussicht genommen. Dem wiener Korrespondenten des „Berl. Tagblattes“ soll dagegen gesagt worden sein, daß falls der Sultan freiwillig auf die Souveränität über die okkupirten Provinzen verzichten wollte, Niemand dagegen etwas einwenden könnte. Doch sei diese Frage momentan nicht aktuell. Es fragt sich, was man im wiener Amt unter „aktuell“ versteht. Heute oder morgen mag die Sache noch nicht vor sich gehen, aber die Linien sind bereits scharf markirt worden, in denen sich die weitere Entwicklung der Sache voraussichtlich zu bewegen hat.

JM. Baron Jovanovich meldet am 15. März: Seit dem 11. hat in der Krivoscie kein Gefecht mehr stattgefunden. Die Truppen richten sich in Zerkwize, Sagwosdak, Goli und Beli Brh, Napoda, Zelina und Bratlo mit flüchtigen Befestigungen ein. Von Tschemerno aus wird Grab, die Sagarje und das oberste Naranta-Tal beobachtet; dort giebt's nirgends Insurgenten, gleichwohl aber dort wie in der mittleren Herzegowina sind fast alle waffenfähigen Männer abwesend, welche sich sammeln, um Raubzüge auszuführen, und sich zerstreuen, sobald Truppen anrücken.“ Der Aufstand scheint sich demnach in einen Guerillakrieg zu verwandeln.

Dem in Sarajevo erscheinenden „Narodni List“ wird gemeldet, daß eine Deputation der Krivoscianer den Fürsten von Montenegro aufnahm der Krivoscianer in das Fürstenthum bat. Die Deputation wurde von dem Fürsten mit Strenge empfangen. Der Fürst warf den Krivoscianern ihr Betragen gegenüber Österreich vor, sagte, daß er ihnen Gastfreundschaft wohl nicht verweigern könne, daß sie aber sehr streng werden beaufsichtigt werden.

Weiter wird gemeldet, daß es durchaus falsch sei, als wären in der Krivoscie Minen von russischen Offizieren gelegt worden; keine dieser Minen wurde geschenkt, noch explodirten welche. Die Einwohner zerstörten einen Theil ihrer Häuser, bevor sie dieselben verließen, mittelst Dynamit, damit unsere Truppen dort keine Zuflucht finden.

Zuverlässigen Nachrichten des „Narodni List“ zufolge erklärte Baron Jovanovich bei einem nach dem Siege in Kattaro stattgehabten Bankette den Feldzug in der Krivoscie für beendet, nachdem alle Hauptpunkte in den Händen der Truppen sind.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 20. März.

— [Gibriele] Seit dem 1. d. M. sind für die Bestellung von Postsendungen nach Orten des deutschen Reiches im Falle der Vorausbezahlung durch den Absender folgende feste Sätze zu entrichten:

a) bei Sendungen an Empfänger im Ortsbestellbezirk der Postanstalten: 1) für jedes Packet 40 Pf., 2) für jede andere Sendung 25 Pf.;

b) bei Sendungen an Empfänger im Landbestellbezirk der Bestimmungs-Postanstalt: 1) für jedes Packet 1 M. 20 Pf., 2) für jede andere Sendung 80 Pf.

Reichen bei Briefsendungen, welche im Brieftafel vorgefunden werden, die

deren eine Vorausbezahlung von Gilbstellgeld über haupt nicht erfolgt ist. Es empfiehlt sich daher, daß Korrespondenten, welche die Gilbstellgeldsätze nicht genau kennen, die Gilbriebe nicht in die Briefe legen, sondern an den betreffenden Schalterstellen zur Post liefern.

Zur polnischen Agitation. Zu der Mittheilung über den in der polnischen Fraktion gestellten und abgelehnten "Generalantrag" wird der "N. 3" geschrieben: "Dieser Antrag hat seine Vorgeschichte. Im vorigen Jahre sind in einer großen Versammlung, besicht von polnischen Deputirten aus allen Theilen des ehemaligen Polens, Resolutionen in der Richtung gefaßt worden, wie sie jüngst in Form eines Antrages der polnischen Fraktion unterbreitet worden sind. Der Inhalt dieser Resolution wurde seiner Zeit in einem längeren Memorandum und in einer Petition dem Staatsministerium überendet, welches jedoch dieses Schriftstück unbeantwortet gelassen hat. Diejenigen polnischen Abgeordneten, welche die Ansicht vertraten, daß den Wünschen jener Delegierten-Versammlung auf parlamentarischem Wege Ausdruck verliehen werden müßte, haben für den Antrag gestimmt, sind aber in der Minorität geblieben. Es verlautet, daß die polnische Presse die Namen der Freunde und Gegner des Antrages publizieren wird."

Bermischtes.

* **Mißständiges in dem Betriebe von Konsum-Vereinen.** Die im Kattowitz erscheinenden "Oberschlesischen Nachrichten" schreiben: "In dem benachbarten Hohenlohebüttel existiert für die dortigen Berg- und Hüttenarbeiter ein Konsum-Verein, eingetragene Genossenschaft, welcher von dem Lagerhalter Weicht verwaltet wird. Aus diesem Konsum-Verein müssen auch die Grubenarbeiter der auf Domber Feldmark befindlichen Waterloo-Steinföhlengrube, auf welcher Bergverwalter Weicht als Betriebsführer fungirt, ihre Bedürfnisse entnehmen. Zu diesem Zweck wird den Grubenarbeitern in dem Zechenhause der Waterloo-Grube am Monatschluss Vorschuß geschrieben, der Betrag in das Konsumvereinsbuch eingetragen und baar auf den Tisch hingezählt. Diesen Betrag streicht dann der Rendant des Hohenlohebütteler Konsumvereins, welcher zu diesem Zwecke nach Waterloo-Grube kommt, ein und führt ihn an die Vereinskasse ab. Die zu entnehmenden Waaren werden hiermit im Voraus bezahlt. Am 28. v. M. wurde in dieser Weise wieder Vorschuß geschrieben. Einige der auf Waterloo-Grube angelegten Arbeiter wollten jedoch anderweitig über ihren Vorschuß verfügen. Die Folge davon war, daß eine Anzahl (wir hören von 23) plötzlich aus der Arbeit entlassen wurden. Darunter befindet sich ein sehr ordnungsliebender, 50 Jahre alter Bergmann, welcher bereits seit 1854 ständiges Mitglied der oberschlesischen Knappenschaft und während seiner langen Arbeitszeit auf Waterloo-Grube zwei Mal schwer verunglückt ist. Derselbe hatte seinen Sohn zum Vorrichtschreiben geschickt. Dieser hatte den Betrag von 30 Mk. in Empfang genommen und sich geneigert, denselben dem Konsumvereins-Rendanten auszuliefern, weil der Vater das Geld auf Leder braucht." Der Bergmann, welcher Rachticht hatte, trug am folgenden Morgen den Betrag in den Konsumverein, wo er auch angenommen wurde. Nichtsdestoweniger wurde ihm, als er Abends um 10 Uhr wieder zu seiner Schicht ansahnen wollte, kundgegeben, daß für ihn keine Arbeit mehr sei, weil er den Vorschuß nicht sofort an den Konsum-Vereins-Rendanten habe abliefern lassen. Wiederholte Bitten und Vorstellungen bei dem Betriebsleiter blieben ohne Erfolg, der Mann ist arbeitslos und erhält, obwohl er ein tüchtiger, zuverlässiger, nüchterner Bergmann ist, auch auf keiner andern Grube mehr Arbeit. Die nicht unbedeutenden Knappenschaftsbeiträge, welche der Mann in einem Zeitraum von 28 Jahren bezahlt hat, sind verloren; der Mann sieht jetzt den traurigsten Zukunft entgegen. Wir fragen, kann das Nichtabführen des auf Waterloo-Grube empfangenen Vorschusses (richtiger Abschlagszahlung auf schon verdientes Lohn) an den Hohenlohebütteler Konsum-Vereins-Rendanten einen Grund zur sofortigen Entlassung abgeben? Wir antworten darauf mit einem entschiedenen Nein! Hoffentlich wird an zuständiger Stelle gegen ein solches Vorgehen Remedien geschaffen werden!"

Telegraphische Nachrichten.

München, 18. März. Die Gräfin Schönborn-Wiesenthald, Tochter des deutschen Botschafters Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst, ist heute Morgen an der Diphteritis gestorben.

Wien, 18. März. [Abgeordnetenhaus.] Bei der heute fortgesetzten Verathung der Wahlreformvorlage erklärte der Ministerpräsident Graf Taaffe:

Die Regierung unterstüzt den Antrag des Abgeordneten Zeitammer auf Theilung der Wahl des böhmischen Großgrundbesitzes, und verweis auf die betreffende Vorlage im böhmischen Landtage. Die Wahlordnungen seien bereits wiederholt durch die Initiative der Landtage geändert worden, der Weg der Initiative sei daher nicht neu. Graf Taaffe wies nach, daß der Antrag nicht gegen den Konzertismus verstöcke, vielmehr entspreche derselbe den Bestimmungen der Verfassung. Der Ministerpräsident verwies auf die analogen Verhältnisse in Galizien. Der Antrag involviere nicht eine Änderung des Grundgesetzes. Einer weitergehenden Erweiterung des Wahlrechts nach dem Antrage Kronawetter stimme die Regierung für jetzt nicht zu. Dieselbe halte an den Fünfzulden-Männern in den Landgemeinden fest. Auch den direkten Wahlen in den Landgemeinden könnte die Regierung nicht bestimmen. Sie verhalte sich nicht ablehnend gegen eine Vernebung der Abgeordneten für Wien und die Vororte, stimme jedoch der Kumulierung dieser Frage mit dem vorliegenden Entwurf nicht zu. Überhaupt wären etwa sich ergebende Uebelstände nach und nach konsequent zu beseitigen.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von der Rechten mit Beifall aufgenommen.

Wien, 18. März. Abgeordnetenhaus. Die Generaldebatte über die Wahlreformvorlage wurde heute geschlossen. Am Montag sprechen noch die beiden Generalredner und der Berichterstatter, worauf die Abstimmung erfolgt.

Die außerordentliche preußische Gesandtschaft ist auf der Rückreise von Konstantinopel heute Abend hier eingetroffen.

Wien, 18. März. Dem "Fremdenblatt" zufolge ist der diesseitige Gesandte in Bukarest, Graf Hoyos-Sprinzenstein, an Stelle des zum Botschafter in Petersburg ernannten Grafen Wolkenstein als Sektionschef im Ministerium des Auswärtigen in Aussicht genommen. — Nach einer Meldung der "Neuen freien Presse" aus Ragusa ist der montenegrinische Minister des Auswärtigen, Radonic, nach Petersburg gereist.

Paris, 18. März. Das Ministerium wird der Kammer der Deputirten heute einen Gesetzentwurf auf Abänderung der gerichtlichen Eidesformel vorlegen. Die Zeugen würden sich dem Entwurf nach in Zukunft darauf beschränken können, daß sie versprechen, die Wahrheit zu sagen auf ihre Ehre und ihr Gewissen.

Paris, 19. März. Die Bedenken hinsichtlich der Gesetzentwürfe des Finanzministers, Léon Say, haben merklich nachgelassen. In parlamentarischen Kreisen beginnt man zuzugeben, daß die Budgetfrage und die Frage der Konventionen mit den Eisenbahngesellschaften verschiedene Dinge sind. Die öffentliche

Meinung erkennt die Vortheile der Konventionen an, welche die Preise für die Beförderung von Personen und Waaren mit Schnellzügen um die Hälfte herabsetzen sollen. Alles berechtige, wie die "Agence Havas" meldet, zu der Hoffnung, daß die Majorität der Budgetkommission sich zu Gunsten der Gesetzentwürfe Léon Say's aussprechen werde.

Kopenhagen, 18. März. Das seit 43 Jahren bestehende Journal "Faedrelandet" hört mit dem 1. April zu erscheinen auf. **London,** 17. März. [Oberhaus.] Der Staatssekretär Lord Granville antwortete auf eine Anfrage des Lord De-La-Warr, die englische Regierung habe vor einem Jahre das Recht der egyptischen Regierung, den Ausländern dieselbe Haustuer wie den Eingeborenen aufzulegen, anerkannt. Die anderen Mächte seien einer ähnlichen Ansicht gewesen; seitdem seien aber einige Bedenken in Bezug auf die Art der Einschätzung erhoben worden, und es finde darüber ein Schriftenwechsel statt, der noch nicht abgeschlossen sei.

Petersburg, 18. März. Zur Errichtung einer zweiten russischen Polarstation auf Nowaja-Semja wurde der geographischen Gesellschaft vom Kaiser eine Subsidie von 20,000 Rubel gewährt. Als Chef der Station ist der Lieutenant Andrejew in Aussicht genommen.

Petersburg, 18. März. Heute Abend 9 Uhr brach im Theater "Winter-Livadia" während der Vorstellung Feuer aus. Menschenleben sollen nicht gefährdet sein. Details fehlen noch.

Petersburg, 19. März. Das Theater "Winter-Livadia" ist vollständig niedergebrannt, ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Warschau, 17. März. Heute früh ist zwischen Lowic und Skiernewice ein Lastzug entgleist. Lokomotiven und Wagen sind zertrümmt, die Reisenden mussten aussteigen. Der Transport von Waaren dürfte auf mehrere Tage unterbrochen sein.

Bukarest, 18. März. Auf Initiative des französischen Delegirten Barrère wird, wie es heißt, die Donaukommission bemächtigt in Galatz zu einer außerordentlichen Session zusammen treten.

Newyork, 18. März. Der Dampfer "Erin" von der National-Dampfschiffs-Kompagnie (C. Melling'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen.

Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
18. Nachm. 2	764,1	W mäßig	heiter	+ 8,0
18. Abends 10	762,1	NW schwach	heiter	+ 2,3
19. Morgs. 6	760,8	SD schwach	heiter Reif	0,0
19. Nachm. 2	757,8	S schwach	heiter	+ 12,5
19. Abends 10	755,4	SW schwach	heiter	+ 6,5
20. Morgs. 6	754,7	SW schwach	heiter Reif	+ 2,5
Am 18. Wärme-Maximum	+ 9° Cels.			
= = Wärme-Minimum	- 0° 1			
= = 19. Wärme-Maximum	+ 13° 9			
= = Wärme-Minimum	- 0° 2			

Wetterbericht vom 19. März, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Kullaghmore	757	S	Regen	8
Aberdeen	757	SW	3 wolfig	8
Christiansund	754	WNW	6 Regen	4
Copenhagen	764	SSW	2 wolkenlos	5
Stockholm	760	WSW	4 bedeckt	2
Havaranda	759	SD	2 bedeckt	-11
Petersburg	761	WNW	2 wolkenlos	-10
Moskau	-	-	-	-
Cort. Queenst.	761	SSW	5 bedeckt 1)	11
Brest	767	O	1 bedeckt	7
Helder	764	SSW	1 heiter	5
Sylt	763	SSW	1 wolkenlos 2)	5
Hamburg	765	SD	1 wolkenlos	4
Swinemünde	766	S	1 heiter 3)	4
Neufahrwasser	768	S	2 wolkenlos 4)	-0
Memel	767	SW	3 bedeckt 5)	2
Paris	766	NO	1 wolkenlos	1
Münster	765	still	wolkenlos 6)	3
Karlsruhe	766	SW	1 wolkenlos 7)	6
Wiesbaden	765	NO	1 wolkenlos 8)	5
München	767	SD	1 heiter	4
Leipzig	767	SD	2 wolkenlos 9)	3
Berlin	766	SD	1 heiter	3
Wien	769	still	halb bedeckt	5
Breslau	768	SD	2 halb bedeckt	2
Ne d'Air	767	S	2 Nebel	7
Riga	767	SSW	1 Nebel	11
Triest	766	still	wolkenlos	14

1) Seegang leicht. 2) Früh Nebel 3) Leichter Dunst, früh Reif.

4) Nachts Frost. 5) Seegang mäßig. 6) Dunstig. 7) Dunst. 8) Thau.

9) Früh Nebel.

Skala für die Windstärke:

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Annemerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreussen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 19. März Morgens 0,98 Meter.
= 20. = Morgens 0,96 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 18. März. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,467. Pariser do. 81,00. Wiener do. 169,95. R.-M. St.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 101,5. R.-M. Br.-Anth. 127. Reichsanl. 101,5. Reichsbank 148,2. Darmdb. 155,5. Meiningr. B. 89,5. Ost.-ung. B. 694,50. Kreditaktien 270,2. Silberrente 64,5. Papierrente 63,5. Goldrente 78,5. Ung. Goldrente 73,5. 1860er Loos 119,5. 1864er Loos 320,20. Ung. Staatsl. 225,00. do. Östb.-Obl. II.

91,5. Böh. Westbahn 254,5. Elisabethb. — Nordwestbahn 175, Galizier 249,5. Franzosen 259, Lombarden 123, II. Orientnl. 88,5. 1877er Russen 85,5. 1880er Russen 68,5. II. Orientnl. 56,5. Bentr.-Pacif. 111,5. Diskonto-Kommandit — III. Orientnl. 56,5. Wiener Bankverein 101,5. ungarische Papierrente — Buschierader — Junge Dresden —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 271,5. Franzosen 259,5. Galizier 250,5. Lombarden 123,5. II. Orientnl. — österr. Goldrente —.

Frankfurt a. M., 18. März. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 271, Franzosen 259, Lombarden 123,5. Galizier 250,5. österreichische Goldrente — ungarische Goldrente — II. Orientale — österr. Silberrente — Papierrente — III. Orientnl. — 1867er Russen — Fest.

Wien, 18. März. (Schluß-Course.) Still. Course ziemlich beauptet.

Papierrente 74,72, Silberrente 75,80. Oester. Goldrente 93,50. Ungarische Goldrente 118,70. 1854er Loos 118,70. 1860er Loos 128,70. 1864er Loos 169,20. Kreditloose 175,70. Ungar. Prämien. 116,00. Kreditaktien 309,25. Franzosen 305,00. Lombarden 146,40. Galizier 293,50. Kasch.-Oberb. 139,50. Pardubitzer 148,00. Nordwestbahn 206,75. Elisabethbahn 207,00. Nordbahn 250,00. Österreich. ungarn. Bank — Türk. Loos — Unionbank 120,50. Anglo-Austr. 123,00. Wiener Bankverein 114,00. Ungar. Kredit 307,00. Deutsche Plätze 58,85. Londoner Wechsel 120,60. Pariser do. 47,67. Amsterdam

